

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 19.9.20 in Sömmerda**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 3 Gegenstimmungen
und 3 Enthaltungen angenommen)

DIE LINKE Thüringen stellt sich kritisch hinter die vielfältigen Institutionen des öffentlich-rechtlichen

DIE LINKE Thüringen stellt sich kritisch hinter die vielfältigen Institutionen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und den im Staatsvertrag festgeschriebenen Aufgaben, welche unabdingbar für eine demokratische Gesellschaft sind. Dazu gehören weltweite und weitreichende Informations-, wie auch Unterhaltungs- und Lernangebote.

Durch die öffentlich-rechtlichen Angebote im TV, Rundfunk und im Netz gibt es eine Vielzahl an Möglichkeiten der Informations- und Unterhaltungsbeschaffung, welche durch Beitragszahlungen unabhängig von wirtschaftlichen Privatinteressen geschaffen und veröffentlicht werden können.

Immer wieder erleben wir Angriffe von totalitären Strömungen auf die Freiheit der Presse und der Kunst und Kultur. Gerade bei fragilen Instrumenten, wie öffentlich-rechtlichen Medien, ist eine Axt am Stamm der Finanzierung tödlich, denn sie dünnt Berichterstattung auf der einen Seite aus und macht sie auf der anderen Seite erpressbar.

Der Rundfunk Staatsvertrag sichert nicht nur ein weltumspannendes Netz an Korrespondenzen und finanziell unabhängigen Reportern, und ist damit Quelle für Berichterstattungen und Reportagen aus erster Hand, auf die teilweise in der ganzen Welt zugegriffen wird, sondern garantiert auch ein unabhängiges, werbeloses Unterhaltungsprogramm.

Gerade für Kinder ist ein solches Programm wichtig, wie wir in Zeiten von Corona durch ein reichhaltiges Kinderunterhaltungs- und -lernprogramm gesehen haben. In Thüringen ist durch den KiKa eine eigenständige Film- und Fernsehproduktionsstätte entstanden, die ihre hochwertigen Produkte in die ganze Welt verkauft und somit auch einen Beitrag in ärmeren Regionen zur Entwicklung leistet.

Gleichzeitig sehen wir großen Reformbedarf in den Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. So soll das Land Thüringen noch stärker auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen drängen. Vor allem beim MDR waren im Jahr 2018 nur 16,3% Frauen im Rundfunk- und Verwaltungsrat, sowie 37,5% im journalistisch-programmatischen Bereich. Außerdem stehen wir den Ausgaben für Megaevents kritisch gegenüber. Vor allem im Unterhaltungs- und Sportbereich werden teils astronomische Summen bezahlt, um das kapitalistisch übernommene System des eigentlichen fairen Wettstreites zu senden.

Des Weiteren ist angemessene Verschlinkung der Institutionen und eine Überprüfung der Gehälter und Bezüge, vor allem in höheren Bezugsgruppen, zu überprüfen.

Sowie ein stärkeres Abwägen von gesellschaftlich relevanten Themen durch eine größere Vielfalt in den Fernseh- und Rundfunkräten.